## **Grüne Cola, rote Milch**

## Sollen Lebensmittel farbig gekennzeichnet werden? – Fraktionen sind sich uneins

7. Oktober 2009 – "Versteckte Zuckerbomben" und "Fettfallen" in Lebensmitteln dürfe es zukünftig nicht mehr geben, meint die SPD-Fraktion. Sie forderte in einem Antrag (Drs. 14/9913) die Landesregierung auf, sich im Bundesrat und auf europäischer Ebene für eine Ampel-Kennzeichnung von Lebensmitteln stark zu machen. Dagegen erklärten die Regierungsfraktionen von CDU und FDP, ein entsprechendes Farbsystem sei wenig sinnvoll, da es die Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf eher verunsichere als aufkläre. Im Plenum trafen die Positionen aufeinander.

"Es muss jetzt darum gehen, dass die Landesregierung Farbe bekennt", erklärte Svenja Schulze (SPD). Sie sah in der farbigen Kennzeichnung von Lebensmitteln eine notwendige Entscheidungshilfe für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Diese könnten bislang anhand der üblichen Herstellerangaben kaum erkennen, ob ein Lebensmittel gut für sie sei oder nicht. Daher würden auch Verbraucherzentralen und Krankenkassen, aber auch viele CDU-Abgeordnete die Ampel für Lebensmittel fordern, sagte die Sozialdemokratin. Der Antrag der SPD solle die

dazu bewegen, Initiative zu ergreifen. Insbesondere im Bundesrat und auch auf europäischer Ebene müsse die CDU mit Verbraucherschutzminister Uhlenberg entsprechende Pläne unterstützen, forderte Schulze.

"Die Lebensmittelampel ist schlichtweg irreführend", meinte dagegen Peter Kaiser (CDU) und nannte einige Beispiele: "Cola mit Süßstoff hätte den grünen Zuckerpunkt, naturbelassener Apfelsaft wegen des Fruchtzuckers den roten Warnpunkt." Er befürchtete, dass die Ampel Grundnahrungsmittel wie Milch diskriminiere und zu einer Fehlernährung führe. Seine Fraktion sei für eine "transparente, einfache und ehrliche Kennzeichnung". Die bereits heute auf vielen Nahrungsmitteln zu findenden Nährwertangaben der Lebensmittelwirtschaft seien der bessere Weg, so Kai-

ser. Gemeinsames Ziel von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Ver-

> braucherverbänden müsse es sein, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu motivieren, die angebotenen Informationen tatsächlich zu nutzen.

"Nicht immer ist das, was einfach ist, auch gut oder sinnvoll", lehnte Holger Ellerbrock (FDP) die geforderte Ampel-Kennzeichnung für Lebensmittel ab. Das System komme bei Lebensmitteln wie zum Beispiel Cola und Weißbrot zu missverständlichen und unsinnigen Aussagen. "Wir als FDP wollen eine klare und allgemein verständliche Kennzeichnung. Denn unser Menschenbild zielt darauf ab: Nur der informierte Bürger ist ein mündiger Bürger", gab Ellerbrock zu Protokoll. Das Individuum müsse selbst entscheiden können, und daher müsse gerade die Bildung in diesem Bereich verstärkt werden, betonte der

Liberale. Außerdem seien vergleichbare Einheiten und Portionsgrößen für Nährwertangaben zu finden. Vor diesem Hintergrund sein Fazit: "Weg mit der Ampel!"

"Es hat offensichtlich einen Positionswechsel der Regierungsfraktionen gegeben", fand Johannes Remmel (Grüne). So habe insbesondere die CDU einer Ampel durchaus positiv gegenüber gestanden, während sie diese nun anscheinend doch ablehne. "Verbraucherschutz spielt offensichtlich in Ihrer Argumentation keine Rolle mehr", warf Remmel den Fraktionen vor. "CDU und FDP sind auf der Leimspur der Lobbyinteressen steckengeblieben." Es gehe nicht darum, mit der Ampel das Problem falscher Ernährung grundsätzlich zu bekämpfen. Jedoch liefere die Ampel wichtige Zusatzinformationen über bisherige Nährwertangaben hinaus. "Wenn ich Zucker kaufen will, kaufe ich Zucker. Aber es gibt heute viele Produkte, bei denen das nicht mehr erkennbar ist", warnte Remmel.

Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) unterstrich: "Für die Landesregierung ist Transparenz in der Verbraucherpolitik ein wichtiges Ziel." Dazu gehöre eine klare Kennzeichnung von Lebensmitteln. Uhlenberg verwies in diesem Zusammenhang auf eine geplante EU-Verordnung. Nach dieser seien Nährwertangaben für verpackte Lebensmittel zukünftig verpflichtend. Er persönlich setze sich außerdem dafür ein, dass zusätzlich der Energiegehalt der Lebensmittel angegeben werde. Die vergangenen Monate hätten gezeigt, dass es "schwerwiegende fachliche Argumente" gegen eine Ampel gebe. "Weil ich mich für die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher stark mache, verfolge ich das Projekt einer Ampelkennzeichnung nicht mehr", so Uhlenberg.

Der Landtag hat den Antrag (Drs. 14/9913) an den federführenden Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie an den mitberatenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

